

www.bpb.de – Zahlen und Fakten
Europa



Zahlen und Fakten: Europa

Die aktuellen Grafiken, Tabellen und Texte des Angebots „Zahlen und Fakten: Europa“ liefern Informationen zu den Themen Bevölkerung, Wirtschaft und Finanzen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Armut, Einkommen und sozialer Schutz, Bildung, Forschung und Entwicklung, Energie, die Bürger der Europäischen Union (EU) sowie einen Vergleich der EU mit den USA und China.

Der demografische Wandel, die Zuwanderung und die Abhängigkeit von Energieimporten werden dabei genauso behandelt wie die Religionszugehörigkeit in den Staaten Europas oder die großen Unterschiede bei der Einkommensverteilung. Die grafisch aufbereiteten und kommentierten Zahlen und Fakten sollen dabei helfen, beispielsweise das Ausmaß der Schuldenkrise, die Nettozahler-Debatte auf EU-Ebene oder die ausgleichende Wirkung des Sozialstaates besser zu verstehen.

Alle Grafiken, Texte und Tabellen liegen als druckfreundliche PDF-Dateien auf der CD. Excel-Dateien zu den einzelnen Grafiken ermöglichen einen individuellen Zugang zu den Daten. Ein Großteil der Grafiken und Materialien kann unter Angabe der Quelle verwendet werden. Die genauen Nutzungsbedingungen finden Sie im Impressum.

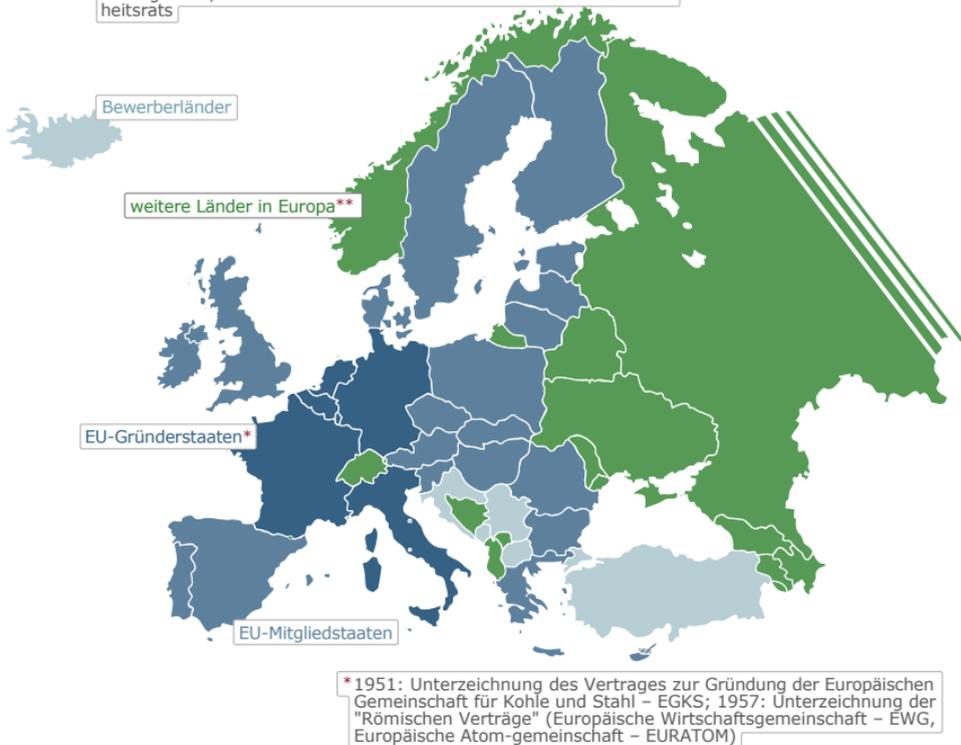
Inhalt

Europa – Übersicht	4	Sozialleistungen	26
Wanderungssaldo	6	Bildungsausgaben	28
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	8	Die fünf größten Forschungssektoren in Europa	30
Öffentlicher Schuldenstand	10	Energiemix EU-27	32
Top 5 Nettozahler und Nettoempfänger der EU	12	Bürger der Europäischen Union	34
Erwerbstätigenquoten nach Bildungsstand und Altersgruppe	14	Bruttoinlandsprodukt (BIP) EU – USA – China	36
Arbeitslosigkeit 2011	16	Impressum	38
Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten	18		
Themengrafik: Altersstruktur	20		
Einkommen	24		

Europa – Übersicht

Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), Bewerberländer und weitere Länder Europas, Stand: Juli 2012

** potenzielle Anwärter auf einen Beitritt zur EU: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo im Sinne der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats



Die Grenzen Europas sind nicht starr, sondern sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart Veränderungen und unterschiedlichen Interpretationen unterworfen. Entsprechend existieren mehrere Definitionen des Begriffs „Europa“ nebeneinander. Die Europäische Kommission unterscheidet zwischen den „EU-Mitgliedstaaten“, „Bewerberländern“ und „weiteren Ländern in Europa“ – zusammen 49 Staaten. Hinzu kommen die Färöer und Grönland, die Insel Man und die Kanalinseln sowie Gibraltar und Kosovo im Sinne der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats.

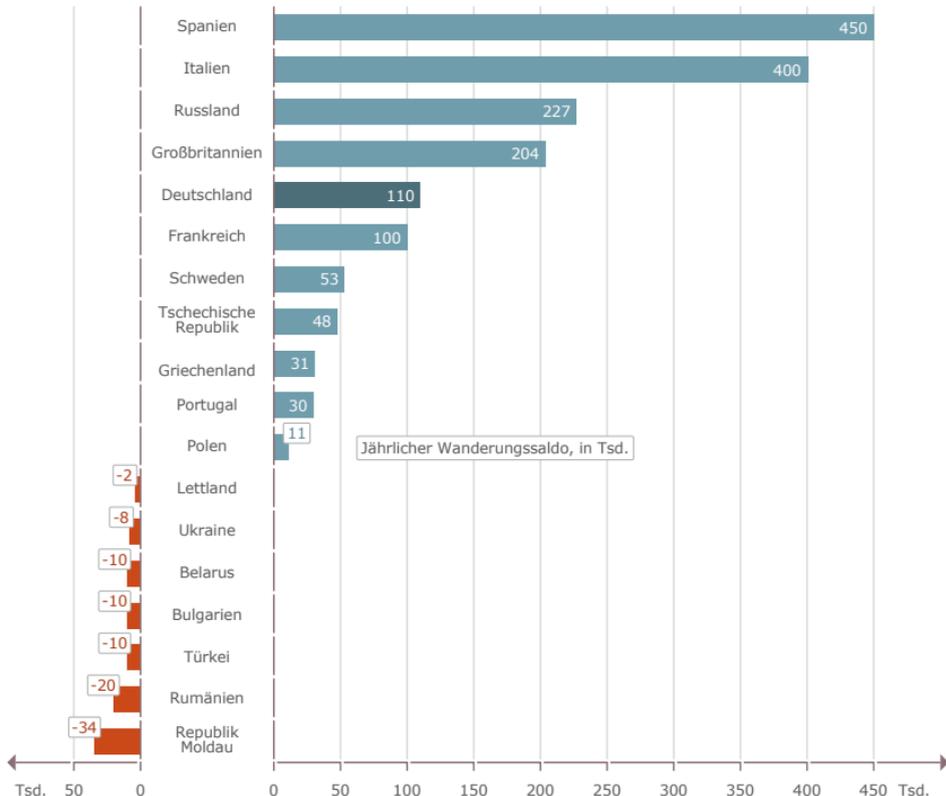
Die Europäische Union (EU) hat 27 Mitgliedstaaten. Nach der Gründung durch sechs Staaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) traten im Laufe der Jahre 21 neue Mitgliedstaaten der Union bei: 1973: Dänemark, Großbritannien und Irland / 1981: Griechenland / 1986: Portugal und Spanien / 1995: Finnland, Österreich und Schweden / 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische

Republik, Ungarn und Zypern / 2007: Bulgarien und Rumänien. Den Status von EU-Beitrittskandidaten haben Island (seit 2010), Kroatien (2004), die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (2005), Montenegro (2010), Serbien (2012) und die Türkei (1999).

Die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligten westlichen Balkanländer Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo sind potenzielle Kandidaten für einen EU-Beitritt. Zudem zählt die Europäische Kommission zu den „weiteren Ländern in Europa“ Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Liechtenstein, die Republik Moldau, Monaco, Norwegen, Russland, San Marino, die Schweiz, die Ukraine und die Vatikanstadt.

Wanderungssaldo

Personen in absoluten Zahlen, ausgewählte europäische Staaten, Durchschnitt 2005 bis 2010



Quelle: UN/DESA, Population Division (2011). World Population Prospects: The 2010 Revision

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

In keine Region der Welt sind im Zeitraum 2000 bis 2010 so viele Menschen eingewandert wie nach Europa. Der Wanderungssaldo lag nach Angaben des Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) bei jährlich 1,81 Millionen Personen in den Jahren 2005 bis 2010. Und auch für die Jahre bis 2060 wird ein positiver Wanderungssaldo von 830.000 Personen pro Jahr angenommen.

Bezogen auf die EU sind die internationalen Wanderungsbewegungen von großer Bedeutung, da sie seit Anfang der 1990er-Jahre zur bedeutendsten Triebkraft des Bevölkerungswachstums geworden sind. Bis Ende der 1980er-Jahre war noch die natürliche Veränderung des Bevölkerungsstandes – also die Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeburten und der Todesfälle – die mit Abstand wichtigste Komponente.

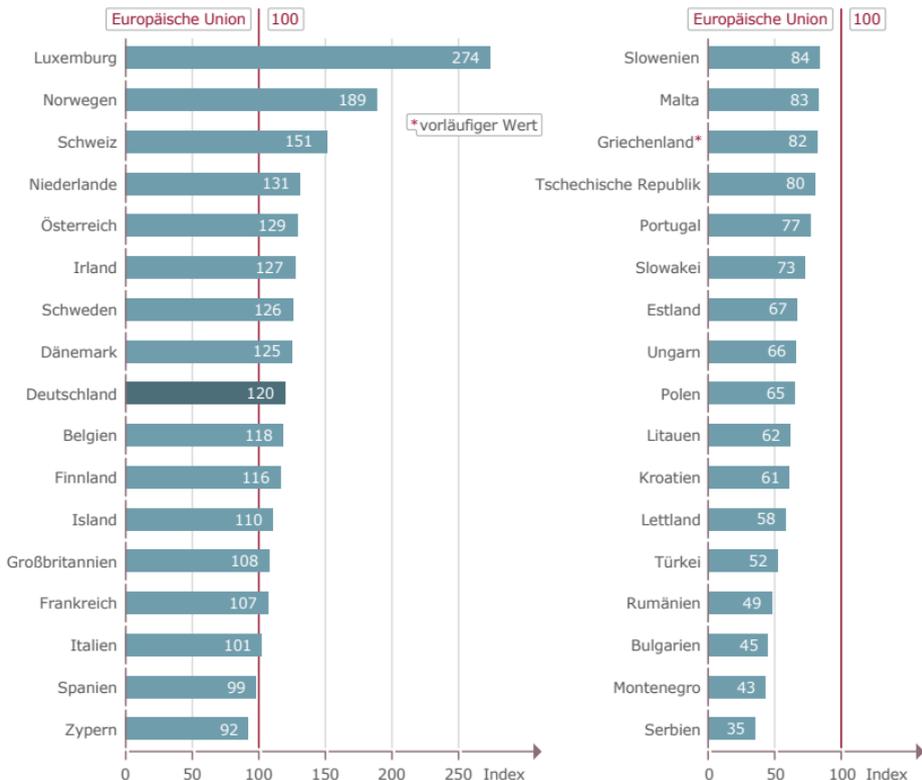
Laut Eurostat ging in den Jahren 2004 bis 2008 in Irland, Luxemburg, Belgien, Malta, Zypern, vielen Regionen Frankreichs sowie

in einigen Regionen Spaniens, Großbritanniens und der Niederlande eine positive natürliche Veränderung mit einem positiven Wanderungssaldo und somit einer Bevölkerungszunahme einher. In Ostdeutschland, in Litauen und Lettland sowie in einigen Regionen Polens, der Slowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens haben sich hingegen beide Komponenten der Bevölkerungsveränderung negativ entwickelt und damit zu einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang geführt.

Zwischen 1998 und 2008 erhöhte sich der Bevölkerungsstand der EU-27 laut Eurostat um 18,83 Millionen. Davon entfielen 3,35 Millionen auf das natürliche Bevölkerungswachstum und 15,48 Millionen auf den positiven Wanderungssaldo dieser Jahre. Damit hatte die Zuwanderung einen Anteil von 82,2 Prozent am gesamten Bevölkerungswachstum im Zeitraum 1998 bis 2008.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

In Kaufkraftstandards (KKS), Index (EU-27 = 100), ausgewählte europäische Staaten, 2011



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) (Stand: 07/2012)
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Um den Lebensstandard in einzelnen Staaten zu vergleichen, ist es sinnvoll einen Indikator zu nutzen, der nicht durch die absolute Einwohnerzahl beeinflusst wird. Daher wird hier das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf betrachtet. Zudem wird das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet, damit der Vergleich nicht durch Preisunterschiede beeinflusst bzw. die Kaufkraft der einzelnen Währungen berücksichtigt wird.

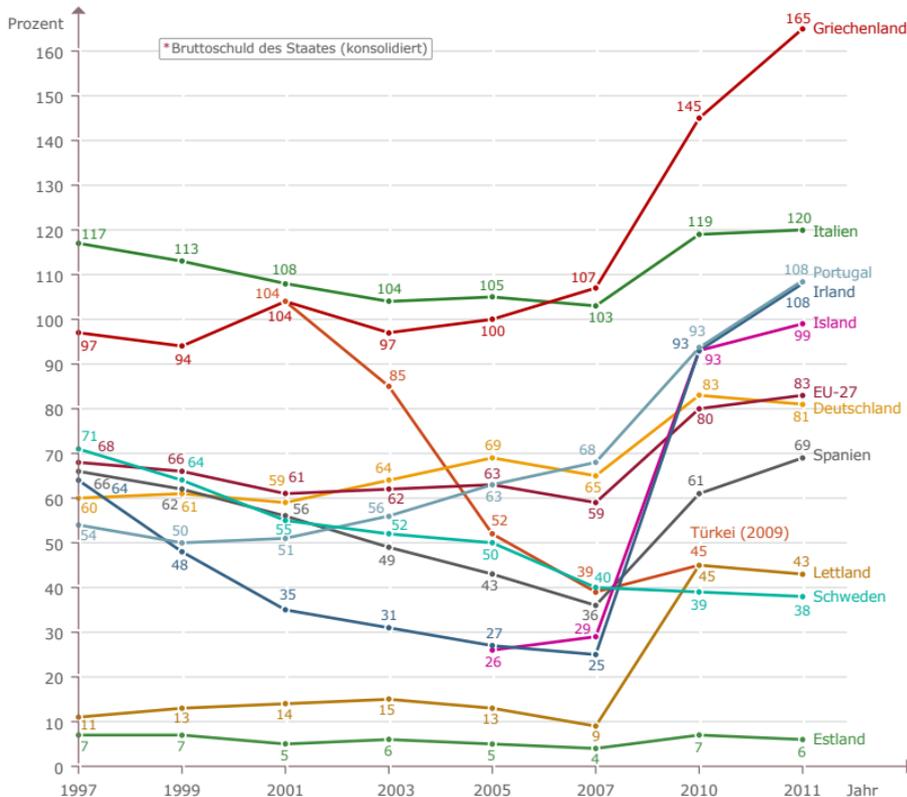
Bezogen auf das BIP pro Kopf in KKS zeigt sich ein allgemeiner Konvergenzprozess beim Lebensstandard in der EU. Bei einem Vergleich der Jahre 1995 und 2011 war von den Staaten, deren Indexwert 1995 unter dem EU-Durchschnitt lag, die Annäherung an den EU-Durchschnitt in Lettland, Estland und Litauen relativ am stärksten. Darauf folgten die Slowakei, Polen, Rumänien und Bulgarien. Parallel näherten sich sieben EU-Staaten dem EU-Indexwert von der anderen Seite der Skala an – in Italien, Belgien, Frankreich und Deutschland sind

dabei die einzelnen Indexwerte relativ am stärksten gesunken. Hingegen haben sich Malta und Griechenland zwischen 1995 und 2011 vom EU-Durchschnitt entfernt: Der Indexwert fiel von 86 auf 83 bzw. von 84 auf 82. Auch Irland, Luxemburg, Finnland und die Niederlande entfernten sich vom Indexwert der EU – allerdings weil die bereits 1995 über dem EU-Durchschnitt liegenden Indexwerte 2011 noch höher lagen.

Die Gegenüberstellung von zwei einzelnen Jahren blendet Schwankungen im Zeitverlauf aus. Wie z. B. in Irland, wo der Indexwert 2011 zwar höher war als 1995 (127 gegenüber 103), gleichzeitig aber deutlich niedriger als 2007 (148). Auf der anderen Seite relativiert sich der Abwärtstrend Deutschlands, wenn nicht das Jahr 1995 (Indexwert: 129) mit 2011 (120) verglichen wird, sondern das Jahr 2006 (115).

Öffentlicher Schuldenstand*

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), EU-27 und ausgewählte europäische Staaten, 1997 bis 2011



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates (Stand: 04/2012)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

In Artikel 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist festgelegt, dass die Mitgliedstaaten der EU übermäßige öffentliche Defizite vermeiden sollen. Insbesondere zwei Kriterien stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens darf die jährliche Nettoneuverschuldung eines Staates nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprechen. Zweitens muss sein gesamter öffentlicher Schuldenstand bei 60 Prozent des BIP oder weniger liegen. Allerdings bestehen für beide Kriterien Ausnahmen.

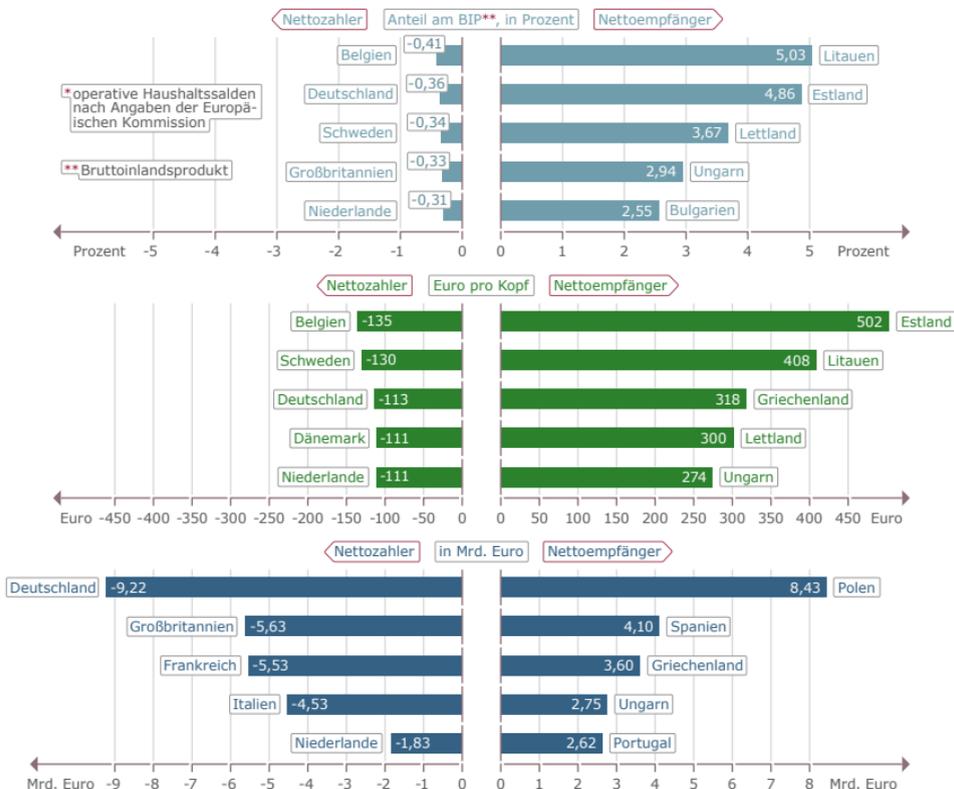
Bezogen auf das BIP sanken die Staatsschulden der EU-27 von 69,9 Prozent 1996 auf 59,0 Prozent im Jahr 2007. Vor allem die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat dazu geführt, dass sich der Schuldenstand von 2007 bis 2009 in 25 von 27 EU-Staaten erhöhte. In acht EU-Staaten stiegen die Schulden – im Verhältnis zum BIP – in nur zwei Jahren um mehr als die Hälfte, EU-weit war es ein gutes Viertel, in Deutschland ein Siebtel. Von 2010 auf 2011 ist der Schuldenstand der EU-27

zwar langsamer gestiegen als in den Jahren zuvor – von 80,0 auf 82,5 Prozent des BIP –, mit 10.422 Milliarden Euro erreichte er aber den höchsten Stand des hier betrachteten Zeitraums.

Durch die Schuldenstände entstehen vor allem dann Probleme, wenn Staaten trotz hoher Schuldenquote zusätzliche Kredite aufnehmen. Dazu können unter anderem die potenzielle Verdrängung privater Investitionen, künftige Erhöhungen der Abgabbelastung, Risikoprämien auf den Kapitalmärkten sowie Konflikte zwischen Finanz- und Geldpolitik gehören. Weiter führt die gestiegene Staatsverschuldung zu einer Erhöhung der Zinsausgaben und damit zu einer Verengung des staatlichen Handlungsspielraums.

Top 5 Nettozahler und Nettoempfänger der EU

Haushaltssalden* der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), verschiedene Bezugsgrößen, 2010



Quelle: Europäische Kommission: EU-Haushalt 2010 – Finanzbericht
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Aus der Differenz zwischen den finanziellen Leistungen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) erhalten bzw. abführen, ergibt sich entweder ein positiver Saldo (Nettoempfänger) oder ein negativer Saldo (Nettozahler). Die von der Europäischen Kommission berechneten „operativen Haushaltssalden“ ermöglichen einen Vergleich, bei dem ungleichmäßige Ausgaben und Einnahmen (zum Beispiel Kosten-erstattungen für den Sitz großer EU-Organen) weitgehend herausgerechnet werden.

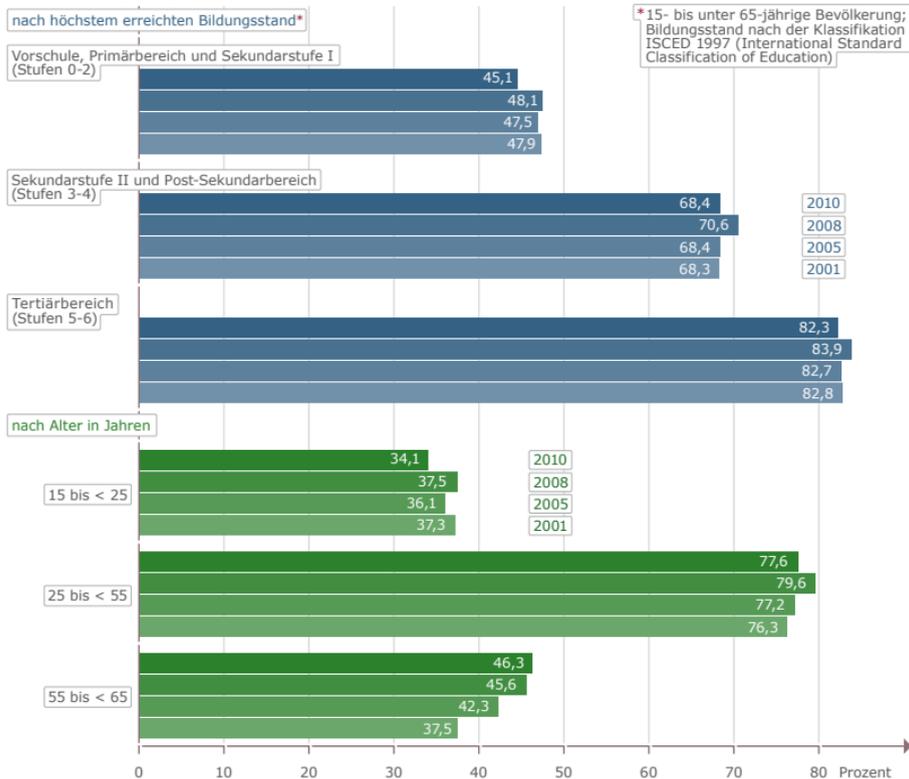
Bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2010 Belgien der größte Nettozahler der EU. Der negative Saldo Belgiens entsprach 0,41 Prozent des BIP. Auf der anderen Seite war Litauen der größte Nettoempfänger (plus 5,03 Prozent des BIP). Auch wenn die operativen Haushaltssalden auf die jeweilige Bevölkerung der Mitgliedstaaten bezogen werden, zahlte niemand so viel an die EU wie die Bürgerinnen und Bürger Belgiens (135 Euro pro Kopf). Hingegen erhielten rein rechnerisch die Bürgerinnen und Bürger Estlands am

meisten von der EU (502 Euro pro Kopf). Bezogen auf die absoluten Zahlen lag Deutschland im Jahr 2010 erneut auf Platz eins der EU-Staaten: Der negative Haushaltssaldo lag bei 9,22 Mrd. Euro. Polen war mit einem Plus von 8,43 Mrd. Euro der größte Nettoempfänger.

Bei diesen Rankings ist allerdings zu beachten, dass es sich um eine rein buchhalterische Gegenüberstellung handelt. Um die Frage zu beantworten, ob sich mit einer EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile oder mehr Nachteile verbinden, müssen auch andere Faktoren betrachtet werden. So zum Beispiel die Vorteile, die durch die politische Stabilität und Sicherheit, den freien Personenverkehr, den Binnenmarkt oder den Euro als Leitwährung entstehen.

Erwerbstätigenquoten nach Bildungsstand und Altersgruppe

In Prozent, Europäische Union, 2001 bis 2010



Quelle: Eurostat; Online-Datenbank; Tabelle aus „Erwerbstätigenquote“ (Stand: 09/2011)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Im Jahr 2010 lag die Erwerbstätigenquote der EU bei 64,2 Prozent. Wird die Bevölkerung nach dem höchsten erreichten Bildungsstand unterschieden, zeigt sich, dass die Erwerbstätigenquote in erheblichem Maße durch den Bildungsabschluss beeinflusst wird. EU-weit lag die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung mit einem hohen Bildungsstand bei 82,3 Prozent im Jahr 2010. Bei der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe mit einem mittleren Bildungsstand war die Quote mit 68,4 Prozent deutlich niedriger. Schließlich lag die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen mit niedrigem Bildungsstand bei 45,1 Prozent.

Bemerkenswert ist, dass der Zusammenhang zwischen hohem/mittlerem/niedrigem Bildungsstand und hoher/mittlerer/niedriger Erwerbstätigenquote nicht nur für die vorangehenden Jahre, sondern auch auf der Ebene der einzelnen EU-Staaten festzustellen ist – und das gilt wiederum für die Bevölkerung insgesamt als auch für eine gesonderte Betrachtung von Männern und

Frauen. Bildung ist demnach ein zentraler Faktor, um die Erwerbstätigenquote zu erhöhen – lediglich die höher gebildete Bevölkerung hat in den letzten 10 Jahren die von der EU angestrebte Quote von 70 Prozent erreicht beziehungsweise klar überschritten.

Auch das Alter hat einen erheblichen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Während die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2010 EU-weit bei 34,1 Prozent lag, war die Quote der 25- bis unter 55-Jährigen mit 77,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Schließlich lag die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen bei 46,3 Prozent – 3,7 Prozentpunkte unter der von der EU für diese Altersgruppe anvisierten Erwerbstätigenquote von 50 Prozent.

Arbeitslosigkeit 2011

Europäische Union, Arbeitslosenquote 2011 und Veränderung der Arbeitslosenquote 2010/2011 in Prozent



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Arbeitslosenquoten, Jahresdurchschnitte, nach Geschlecht u. Altersgruppe (Stand: 04/2012)
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Seit 2004 reduzierte sich die Arbeitslosenquote der Europäischen Union vier Jahre in Folge von 9,2 auf 7,1 Prozent im Jahr 2008. Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde dieser Trend jedoch schlagartig beendet: 2009 lag die Arbeitslosenquote bei 9,0 Prozent, 2010 bei 9,7 Prozent. Von 2010 auf 2011 hat sich die Quote allerdings nicht weiter erhöht und lag erneut bei 9,7 Prozent. Dabei verringerte sich die Arbeitslosenquote der Männer geringfügig von 9,7 auf 9,6 Prozent und die der Frauen erhöhte sich leicht von 9,6 auf 9,8 Prozent.

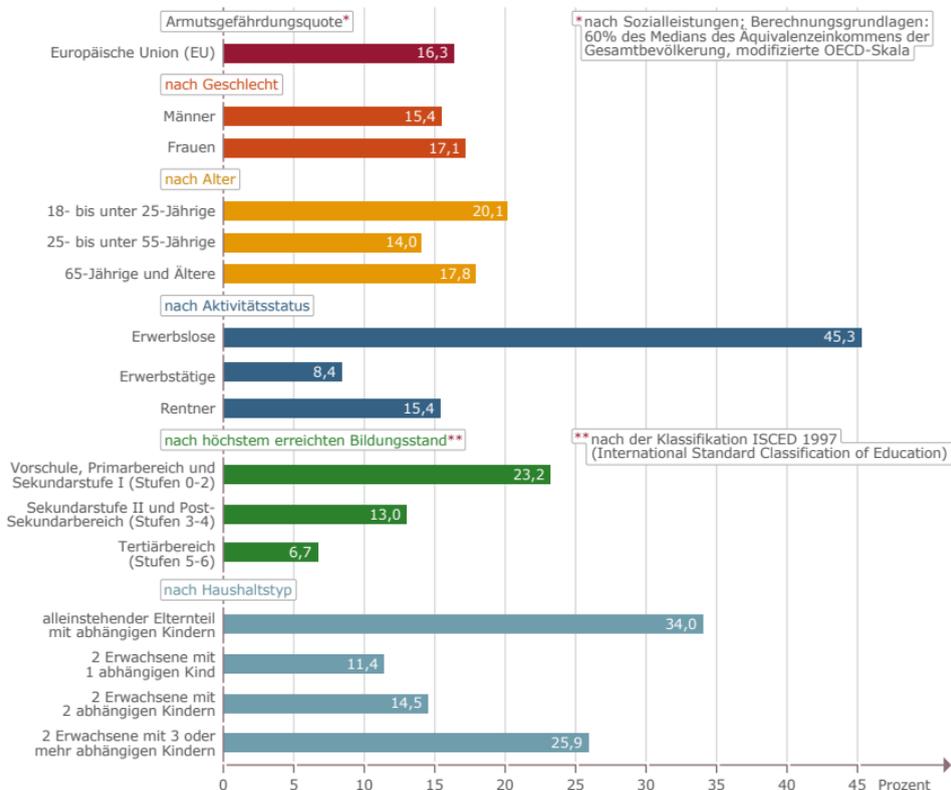
Die Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und mehr) lag 2011 bei 4,1 Prozent, anders formuliert galten 42,9 Prozent der Arbeitslosen als Langzeitarbeitslose. 2,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung waren sogar 24 Monate oder länger arbeitslos. Insgesamt waren im Jahr 2011 23,2 Millionen Personen arbeitslos – 38 Prozent mehr als drei Jahre zuvor.

Bei der stabilen Arbeitslosenquote der EU 2010/2011 darf nicht übersehen werden, dass sich diese aus sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt. So reduzierte sich die Arbeitslosenquote in Estland um mehr als ein Viertel und auch in Lettland, Deutschland, Litauen, Belgien und Schweden lag der Rückgang der Quote bei mehr als 10 Prozent. Auf der anderen Seite nahm die Quote in 12 EU-Staaten zu. Am stärksten in Griechenland (plus 40,5 Prozent) und Zypern (plus 25,8 Prozent).

Im Jahr 2011 lagen die Arbeitslosenquoten in Spanien, Griechenland, Lettland und Litauen bei mehr als 15 Prozent. Österreich, die Niederlande, Luxemburg und Deutschland hatten im selben Jahr die niedrigsten Arbeitslosenquoten mit Werten von weniger als sechs Prozent.

Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten

In Prozent, Europäische Union, 2008



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Tabellen aus „Monetäre Armut“ (Stand: 06/2011)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Im Jahr 2008 war in der Europäischen Union (EU) rund jede sechste Person armutsgefährdet, insgesamt gut 81 Millionen Personen bzw. 16,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt (Armutsgefährdungsgrenze).

Bei kaum einem Unterscheidungsmerkmal ist der Einfluss auf das Ausmaß der Armutsgefährdung größer als beim beruflichen Status: EU-weit war im Jahr 2008 die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen mehr als fünfmal so hoch wie die der Erwerbstätigen (45,3 gegenüber 8,4 Prozent).

Abgesehen davon, dass die Armutsgefährdungsquote der Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsstand in den Niederlanden 2008 in etwa gleich hoch war, gilt für alle 27 EU-Staaten sowie für Island, Norwegen und die Schweiz, dass sich die Armutsgefährdung mit zunehmender Qualifikation verringert. Dies gilt sowohl für den

Vergleich zwischen niedrigem und mittlerem Bildungsstand als auch für den Vergleich zwischen mittlerem und hohem Bildungsstand.

Schließlich lassen sich auch bei einer Unterscheidung von Haushaltstypen Auswirkungen auf die Armutsgefährdung feststellen: Im Jahr 2008 lag die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem abhängigen Kind EU-weit bei 11,4 Prozent. Bei zwei abhängigen Kindern steigt die Quote auf 14,5 Prozent und bei drei oder mehr abhängigen Kindern sind mehr als ein Viertel der Personen in diesen Haushalten armutsgefährdet (25,9 Prozent). Übertroffen wird dieser Wert nur noch von den „alleinstehenden Elternteilen mit abhängigen Kindern“. Bei diesem Haushaltstyp lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2008 bei 34,0 Prozent.

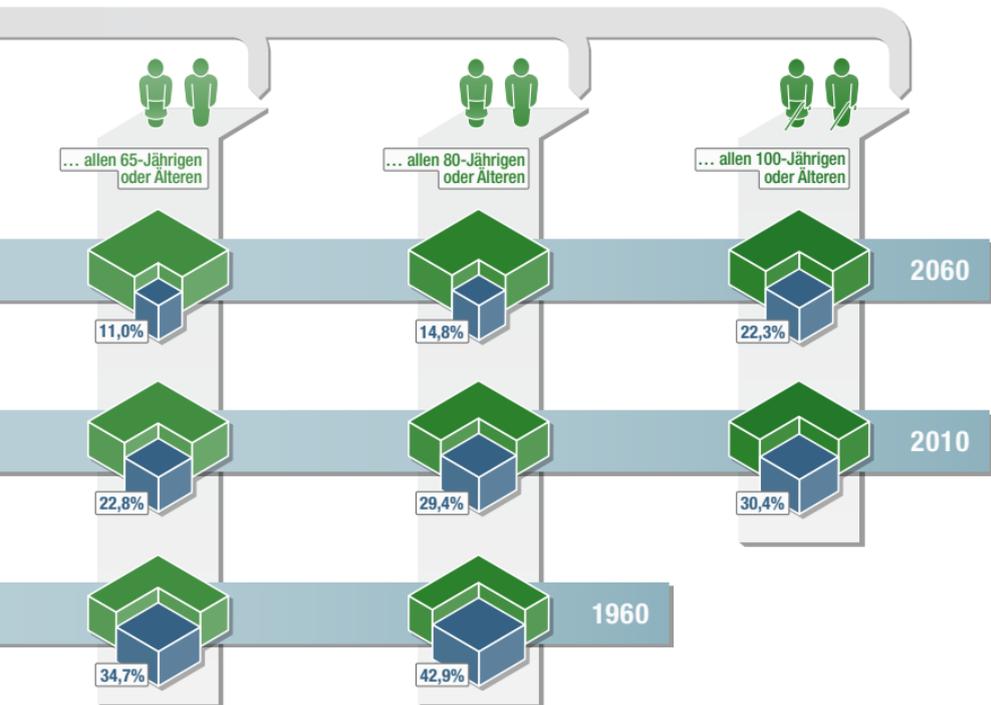
Altersstruktur

Europas* Anteil an der Weltbevölkerung und ausgewählten Altersgruppen, 1960, 2010 und 2060**

Europas Anteil an ...



* eine Übersicht der 48 Staaten/Gebiete, die das Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) zu Europa zählt, finden Sie unter: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Excel-Data/definition-of-regions.htm>



** Angaben auf Basis der im Jahr 2010 zur Verfügung stehenden Daten

Altersstruktur

Während das Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) für die Jahre 2010 bis 2060 einen Anstieg der Weltbevölkerung um 39,4 Prozent prognostiziert, ist Europa die einzige Region der Welt, für die in diesem Zeitraum ein Bevölkerungsrückgang angenommen wird (minus 4,9 Prozent). Schon von 1960 bis 2010 hatte Europa mit 22,2 Prozent das niedrigste Bevölkerungswachstum von allen Regionen. Zum Vergleich: Die Bevölkerung Afrikas nahm zwischen 1960 und 2010 um 257 Prozent zu, die Asiens um 144 Prozent und die Bevölkerung Nordamerikas um 69 Prozent.

Der Anteil der Bevölkerung Europas an der Weltbevölkerung sank entsprechend von 19,9 Prozent im Jahr 1960 auf 10,7 Prozent 2010. Und bis zum Jahr 2060 wird sich der Anteil weiter auf 7,3 Prozent reduzieren. Je nach Altersgruppe ist der Anteil der Bevölkerung Europas an der Weltbevölkerung allerdings sehr unterschiedlich. Generell gilt: Je älter die jeweilige Altersgruppe

ist, desto höher ist der Anteil Europas – das gilt für 1960, 2010 und 2060. Während der Anteil Europas an der Weltbevölkerung im Jahr 2010 bei insgesamt 10,7 Prozent lag, betrug er bei den unter 15-Jährigen lediglich 6,2 Prozent. Bei den Personen, die 2010 65-jährig oder älter waren, lag der Anteil hingegen bei 22,8 Prozent. Von den 80-Jährigen oder Älteren lebten 2010 sogar 29,4 Prozent in Europa. Auch 2060 wird der Anteil der Bevölkerung Europas an der Weltbevölkerung bei den älteren Altersgruppen überdurchschnittlich hoch sein. Obwohl 2060 nur jeder vierzehnte Einwohner in Europa leben wird (7,3 Prozent), wird jeder neunte 65-Jährige oder Ältere in Europa leben (11,0 Prozent). Bei den Personen, die 2060 100-jährig oder älter sind, wird es sogar mehr als jeder Fünfte sein (22,3 Prozent).

Entsprechend haben sich auch die Anteile der einzelnen Altersgruppen in Europa verändert: Von den 604 Millionen Einwohnern Europas im Jahr 1960 waren 26,7 Prozent

unter 15 Jahre alt. Während der Bevölkerungsstand bis 2010 auf 738 Millionen stieg, sank der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung auf 15,4 Prozent. Allerdings bleibt der Anteil laut UN/DESA bis zum Jahr 2060 relativ stabil. Er schwankt lediglich zwischen 15 und 16 Prozent.

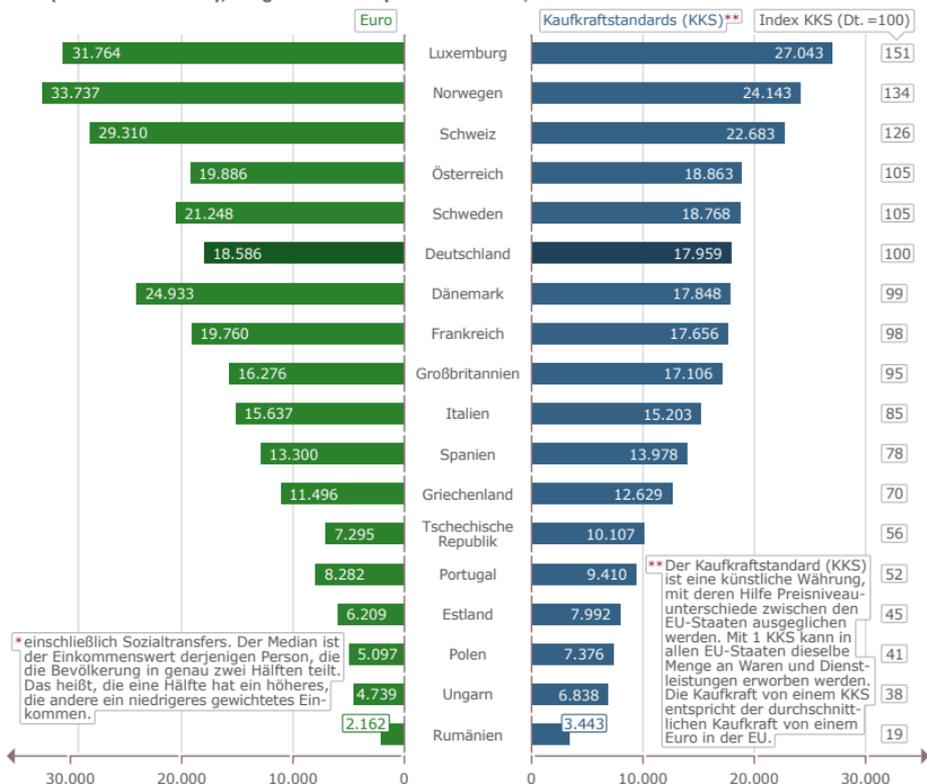
Auf der anderen Seite erhöhte sich der Anteil der Personen, die 65 Jahre oder älter waren, zwischen 1960 und 2010 von 8,9 auf 16,2 Prozent. 2060 wird sogar mehr als jeder Vierte 65 Jahre oder älter sein (27,6 Prozent). Der Anteil der 15- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Europas lag entsprechend bei knapp zwei Dritteln 1960 bzw. bei gut zwei Dritteln 2010 und wird sich bis 2060 deutlich auf 56,3 Prozent reduzieren.

Auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung Europas hat sich verändert: Während es von 1960 bis 2010 bereits von 30,7 auf 40,1 Jahre stieg, wird es laut UN/DESA bis 2060 weiter auf 45,5 Jahre steigen.

Wie stark die Veränderung der Altersstruktur zugunsten der älteren Altersgruppen ist, verdeutlicht auch ein Blick auf die Personen, die 80 Jahre oder älter sind. Während diese Altersgruppe 1960 mit 1,3 Prozent kaum ins Gewicht fiel, stellte sie 2010 bereits 4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung Europas. Im Jahr 2060 wird nach den Prognosen des UN/DESA jeder Zehnte 80 Jahre oder älter sein (10,3 Prozent). Auch waren 1960 nur etwa 8.000 Einwohner Europas 100 Jahre oder älter. Im Jahr 2010 galt dies bereits für rund 89.000 Personen. Schließlich wird 2060 gut jeder sechshundertste Einwohner Europas 100 Jahre oder älter sein – insgesamt 1,2 Millionen Menschen.

Einkommen

Medianes Nettoäquivalenzeinkommen* in Euro und Kaufkraftstandards (KKS), Index KKS
(Deutschland = 100), ausgewählte europäische Staaten, 2008



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht (Stand: 09/2011)
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Um das Einkommen von Personen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe leben, sinnvoll miteinander vergleichen zu können, werden bei der Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte berücksichtigt, die durch das Zusammenleben entstehen (zum Beispiel geringere Miete und Energiekosten pro Kopf durch gemeinsam genutzten Wohnraum). Die Einkommen werden also gewichtet bzw. wird das sogenannte Äquivalenzeinkommen ermittelt.

Werden die so ermittelten Einkommen der Reihe nach sortiert, ist das Einkommen in der Mitte der Verteilung das sogenannte Median-Einkommen (Zentralwert). Das Median-Nettoäquivalenzeinkommen der EU lag im Jahr 2008 bei 14.630 Euro. Ein großer Unterschied besteht zwischen dem Einkommen der 12 Staaten, die zuletzt der EU beigetreten sind, und dem der 15 Staaten, die schon vor 2004 Mitglied der EU waren: Das mediane Nettoäquivalenzeinkommen der neuen Mitgliedstaaten

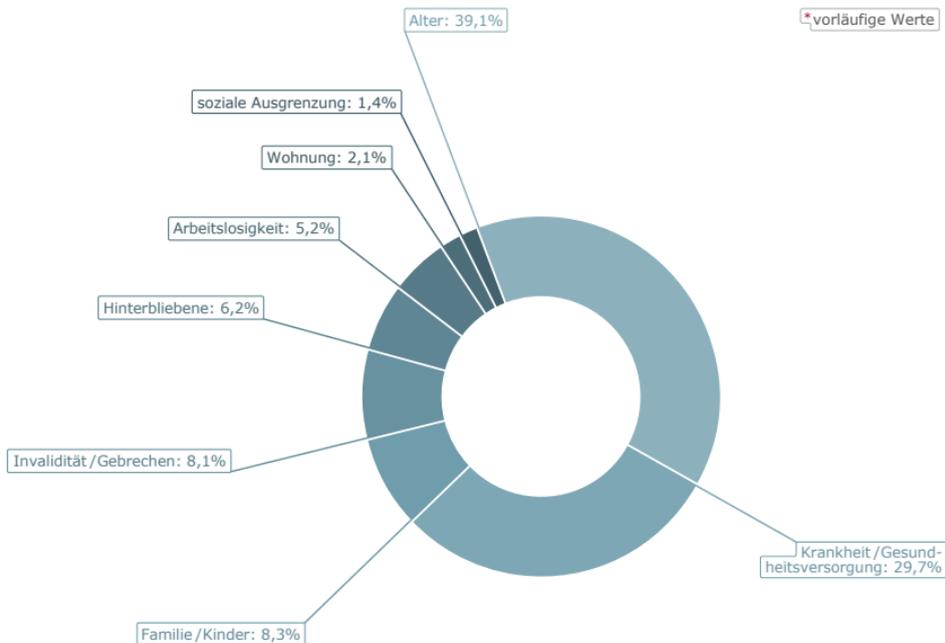
entsprach mit 4.557 Euro nur etwa einem Viertel des Einkommens der anderen 15 EU-Mitgliedstaaten, das im Jahr 2008 bei 17.293 Euro lag.

Um auf der Ebene der einzelnen Staaten die Einkommen miteinander vergleichen zu können, muss die jeweilige Kaufkraft berücksichtigt werden. Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Preisniveauunterschiede zwischen den EU-Staaten ausgeglichen werden. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft war 2008 das Median-Nettoäquivalenzeinkommen in Luxemburg mit 27.043 KKS am höchsten. Am niedrigsten war das entsprechende Einkommen in Rumänien (3.443 KKS). In Deutschland lag das kaufkraftgewichtete mediane Nettoäquivalenzeinkommen 2008 bei 17.959 KKS.



Sozialleistungen

Verteilung nach Aufgabenbereichen in Prozent, in Kaufkraftstandards (KKS), Europäische Union, 2008*



Im Rahmen der sogenannten Sozialschutzsysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sollen die Menschen gegen verschiedene Risiken versichert und unterschiedliche Versorgungsleistungen erbracht werden. Zu den Ausgaben im Bereich Sozialschutz gehören Sozialleistungen, die Verwaltungskosten der Sozialschutzsysteme sowie sonstige Ausgaben. Die Sozialleistungen stellen dabei den größten Einzelposten dar (EU-27: 95,97 Prozent).

Unter Berücksichtigung der Kaufkraft entfielen im Jahr 2008 mehr als zwei Drittel der Sozialleistungsausgaben der EU-27 auf die beiden Aufgabenbereiche „Alter“ (39,1 Prozent) und „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ (29,7 Prozent). Darauf folgten mit großem Abstand die Bereiche Familie/Kinder, Invalidität/Gebrechen, Hinterbliebene, Arbeitslosigkeit, Wohnung sowie der Aufgabenbereich soziale Ausgrenzung.

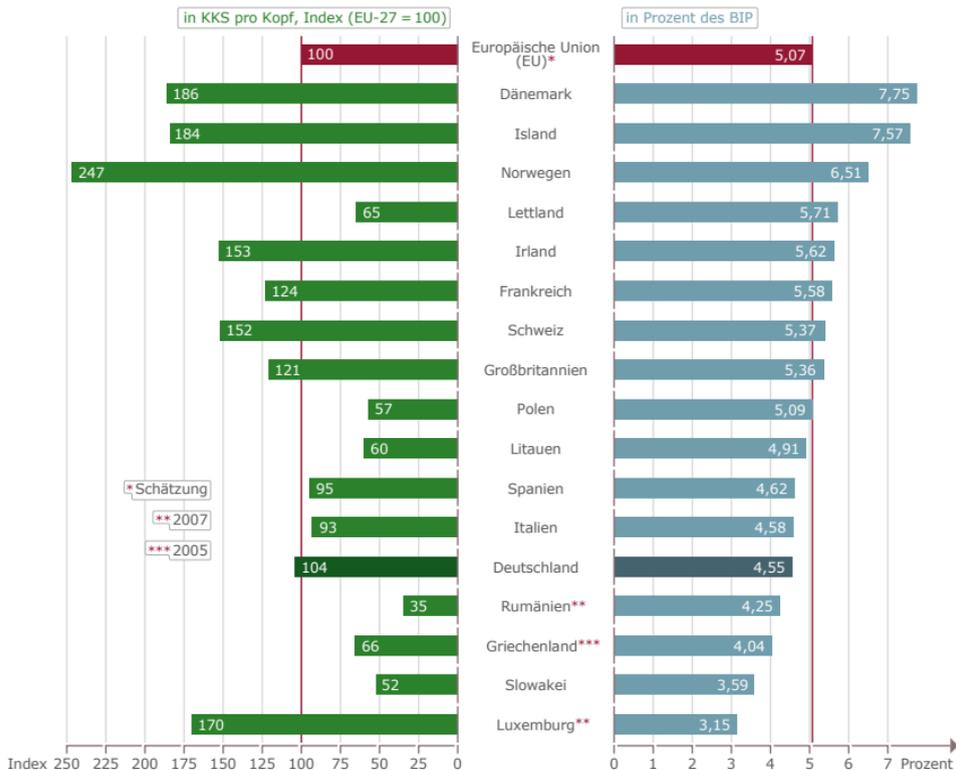
Die Ausgaben für die Aufgabenbereiche Alter und Krankheit/Gesundheitsversorgung

waren 2008 in allen 27 Mitgliedstaaten der EU sowie in Island, Norwegen und in der Schweiz für mehr als die Hälfte der gesamten Sozialleistungsausgaben verantwortlich. In 14 der 30 Staaten lagen die Ausgaben dabei bei mehr als 70 Prozent.

Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, dass relativ hohe Ausgaben in einzelnen Aufgabenbereichen nicht mit einem hohen Versorgungsniveau gleichgesetzt werden können. Zum einen können die Gesamtausgaben niedrig sein und damit auch der relativ hohe Anteil an diesen Ausgaben. Zum anderen können zum Beispiel hohe Ausgaben im Bereich Arbeitslosigkeit sowohl durch ein hohes Versorgungsniveau als auch durch eine hohe Zahl an Arbeitslosen begründet sein.

Bildungsausgaben

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf, Index (EU-27 = 100), ausgewählte europäische Staaten, 2008



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Öffentliche Ausgaben für Bildung, Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung (Stand: 11/2011)
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bildung ist nicht nur bei der Persönlichkeitsentwicklung von großer Bedeutung, sie ist auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag in der EU-27 im Jahr 2008 nach Schätzungen von Eurostat bei 5,07 Prozent, das entspricht etwa 627 Milliarden Euro. In den Jahren seit 1999 hat sich der Anteil nur leicht verändert.

Bezogen auf die 27 Mitgliedstaaten der EU sowie auf Island, Kroatien, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz entsprachen die öffentlichen Ausgaben für Bildung im Jahr 2008 in acht Staaten mindestens 6 Prozent des BIP. Am höchsten waren die Bildungsausgaben in Dänemark, Island und Zypern. Hingegen hatten die Bildungsausgaben in Liechtenstein, Luxemburg und der Slowakei einen vergleichsweise geringen Anteil am jeweiligen BIP. Insgesamt verteilen sich sowohl die Staaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, als auch die hier betrachteten Nicht-EU-Staaten

über die gesamte Skala. In Deutschland entsprachen die öffentlichen Bildungsausgaben im Jahr 2008 4,55 Prozent des BIP.

Die Bildungsausgaben pro Kopf waren 2008 in Norwegen, Dänemark, Island und Luxemburg am höchsten. Darauf folgten Schweden, Irland und die Schweiz. In Deutschland lagen die kaufkraftgewichteten Bildungsausgaben pro Kopf mit einem Indexwert von 104 nur leicht über dem EU-Durchschnitt (100). Am Ende der Skala standen Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, Kroatien sowie Polen. Auch unter den fünf Staaten mit den nächsthöheren Werten waren vier, die der EU seit 2004 beigetreten sind – damit belegten acht dieser Staaten einen der zehn letzten Ränge.

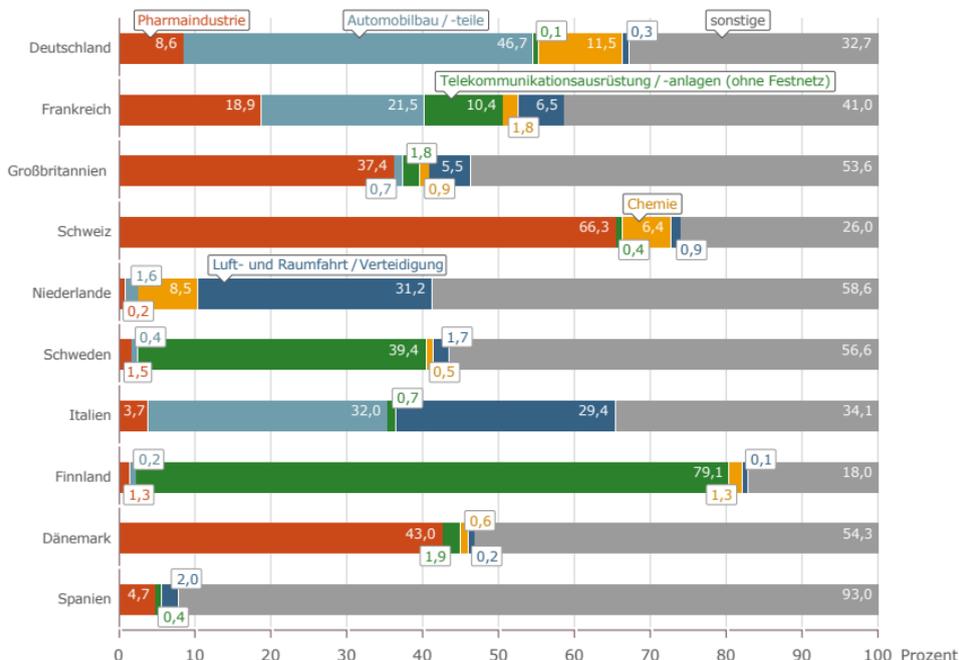
Die fünf größten Forschungssektoren* in Europa**

Nach Sitz der Unternehmen***, Anteile an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Prozent, 2010

*Sektoren, in die die 1.000 Unternehmen mit den höchsten FuE-Ausgaben mit Sitz in Europa 2010 am meisten investierten.

**bezogen auf 943 Unternehmen, die das Ranking "FuE Top 1000 EU" anführen sowie 57 Unternehmen mit eingetragenem Firmensitz in Europa, die im Ranking "FuE Top 1000 Nicht-EU" des "2011 EU Industrial R&D Investment Scoreboard" aufgeführt sind.

***ausgehend von den 1.000 Unternehmen mit den höchsten FuE-Ausgaben und bezogen auf den eingetragenen Firmensitz dieser Unternehmen entfielen die größten Investitionen auf die hier dargestellten 10 Staaten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die FuE-Ausgaben der Unternehmen sowohl im Inland als auch im Ausland getätigt werden.



Quelle: Europäische Kommission: The 2011 EU Industrial R&D Investment Scoreboard

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Die 1.000 Unternehmen mit eingetragenem Firmensitz in Europa, die am meisten für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgehen, investierten im Jahr 2010 gut 162 Milliarden Euro im Bereich FuE. Dabei entfielen zwei Fünftel der Investitionen auf nur zwei Sektoren: ‚Pharmaindustrie‘ (21,4 Prozent) und ‚Automobilbau/-teile‘ (18,7 Prozent). Werden noch die Sektoren ‚Telekommunikationsausrüstung/-anlagen (ohne Festnetz)‘, ‚Chemie‘ sowie ‚Luft- und Raumfahrt/Verteidigung‘ hinzugezählt, steigt der entsprechende Anteil auf 57,8 Prozent.

Im Jahr 2010 stammten knapp 95 Prozent der FuE-Ausgaben der 1.000 Unternehmen mit den höchsten FuE-Ausgaben von Unternehmen, die ihren Sitz in Deutschland (29,3 Prozent), Frankreich (15,5 Prozent), Großbritannien (13,6 Prozent), der Schweiz (12,7 Prozent), den Niederlanden (6,1 Prozent), Schweden (4,7 Prozent), Italien (4,2 Prozent), Finnland (3,9 Prozent), Dänemark (2,5 Prozent) sowie Spanien (2,2 Prozent) hatten.

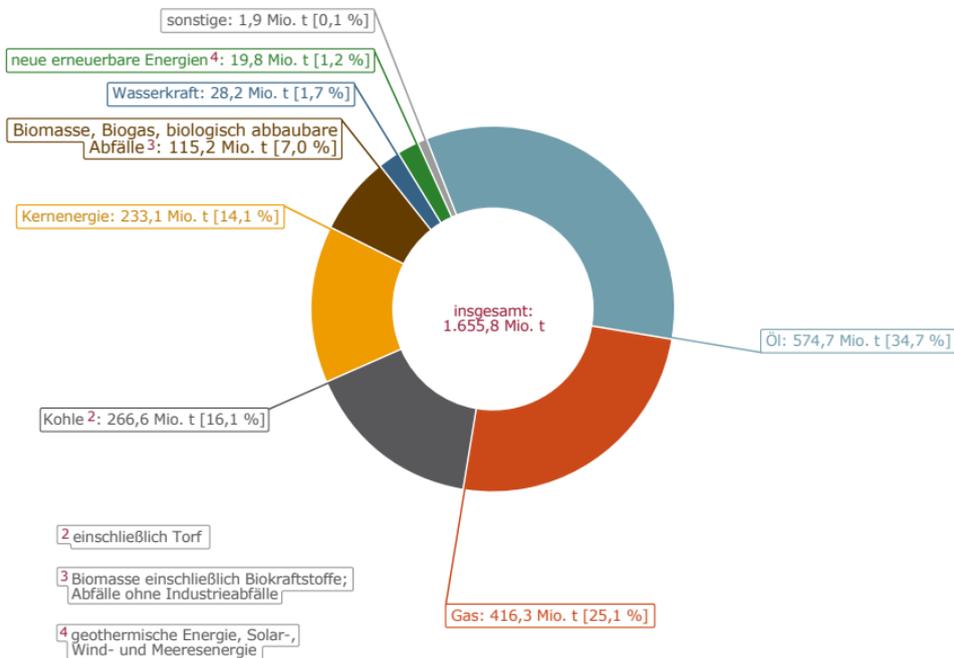
Je nach Sitz der Unternehmen konzentrierten sich im Jahr 2010 die FuE-Investitionen sehr unterschiedlich auf die fünf größten Forschungssektoren. Wie in den Jahren zuvor tätigten die Unternehmen mit eingetragenem Firmensitz in Deutschland auch 2010 besonders hohe Investitionen im Bereich ‚Automobilbau/-teile‘ – der FuE-Anteil dieses Sektors an den gesamten FuE-Ausgaben der Unternehmen mit Sitz in Deutschland lag bei 46,7 Prozent. Hingegen verteilten sich die FuE-Ausgaben der Unternehmen mit Sitz in Frankreich gleichmäßiger auf die Bereiche ‚Automobilbau/-teile‘ (21,5 Prozent), ‚Pharmaindustrie‘ (18,9 Prozent) und ‚Telekommunikationsausrüstung/-anlagen‘ (10,4 Prozent).

Energiemix EU-27

Primärenergie-Versorgung¹ in Mio. Tonnen Öläquivalent und Anteile der Energieträger in Prozent, 2009

¹ Primärenergie ist die von noch nicht weiterbearbeiteten Energieträgern stammende Energie.

Primärenergie-Versorgung = Primärenergie-Produktion + Importe - Exporte +/- Veränderung der Lagerbestände.



Weltweit lag die Versorgung mit Primärenergie im Jahr 2009 bei 12.150 Millionen Tonnen Öläquivalent. Davon entfielen 13,6 Prozent auf die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Von der Primärenergie-Versorgung der EU-27 basierten 34,7 Prozent auf Öl, 25,1 Prozent auf Gas, 16,1 Prozent auf Kohle, 14,1 Prozent auf Kernenergie, 7,0 Prozent auf Biomasse, Biogas und biologisch abbaubaren Abfällen, 1,7 Prozent auf Wasserkraft, 0,8 Prozent auf Solar-, Wind- und Meeresenergie sowie 0,4 Prozent auf geothermischer Energie.

Auf der Ebene der einzelnen europäischen Staaten (EU und Nicht-EU) unterscheidet sich der Energiemix teilweise erheblich. So lag der Anteil von Öl an der Primärenergie-Versorgung in Malta bei 99,9 und in Zypern bei 95,1 Prozent. In Aserbaidschan (68,7 Prozent) und der Republik Moldau (60,5 Prozent) basierten 2009 mehr als 60 Prozent der Primärenergie-Versorgung auf Gas. Kohle ist der wichtigste Energieträger in Bosnien und Herzegowina (65,2 Prozent) sowie in Estland (63,2 Prozent). Und auf

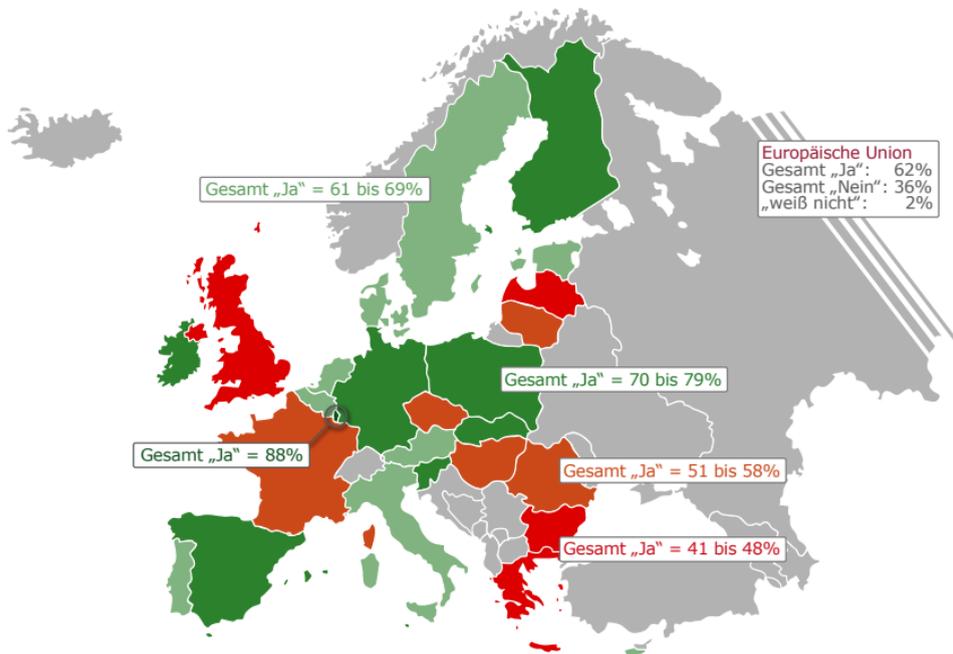
der Basis von 43 betrachteten Staaten setzt bei der Versorgung mit Primärenergie kein europäischer Staat so stark auf Kernenergie wie Frankreich (41,7 Prozent).

Im Vergleich zu den anderen Staaten war der Anteil von Biomasse, Biogas und biologisch abbaubaren Abfällen an der Primärenergie-Versorgung in Lettland (30,0 Prozent) und Schweden (22,9 Prozent) am größten. Norwegen konnte mit 38,4 Prozent weit mehr als ein Drittel der Primärenergie-Versorgung über die Wasserkraft decken. Aufgrund der besonderen geografischen Lage bzw. den guten Voraussetzungen für die Nutzung geothermischer Energie, lag der Anteil der neuen erneuerbaren Energien in Island im Jahr 2009 bei 64,0 Prozent.

Bürger der Europäischen Union

Eurobarometer-Umfrage, Angaben in Prozent der Bevölkerung, EU-Mitgliedstaaten, Frühjahr 2011

Eurobarometer-Frage:
„Fühlen Sie sich als Bürger der Europäischen Union?“



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer 75: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Tabellen
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bei der Eurobarometer-Umfrage im Mai 2011 fühlten sich in neun Staaten der Europäischen Union 70 oder mehr Prozent der Befragten als „Bürger der Europäischen Union“. Am höchsten war der entsprechende Wert dabei in Luxemburg, der Slowakei, Finnland, Deutschland und Malta. In Großbritannien, Bulgarien, Griechenland und Lettland stimmte nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung dieser Aussage zu.

Insgesamt fühlten sich in der EU im Mai 2011 62 Prozent der Befragten als Bürger der EU. Dabei gaben 23 Prozent an, „sich voll und ganz“ als EU-Bürger zu fühlen und für 39 Prozent galt dies „teilweise“. Hingegen gaben 36 Prozent der Befragten an, sich nicht als Bürger der EU zu fühlen – dabei fühlten sich 24 Prozent „eher nicht“ und 12 Prozent der Befragten „überhaupt nicht“ als Bürger der EU. 2 Prozent der Befragten äußerten keine Meinung. In Deutschland fühlten sich im Mai 2011 32 Prozent der Befragten „voll und ganz“ als Bürger der EU, für 41 Prozent galt dies „teilweise“. 17 bzw. 9 Prozent der Deutschen

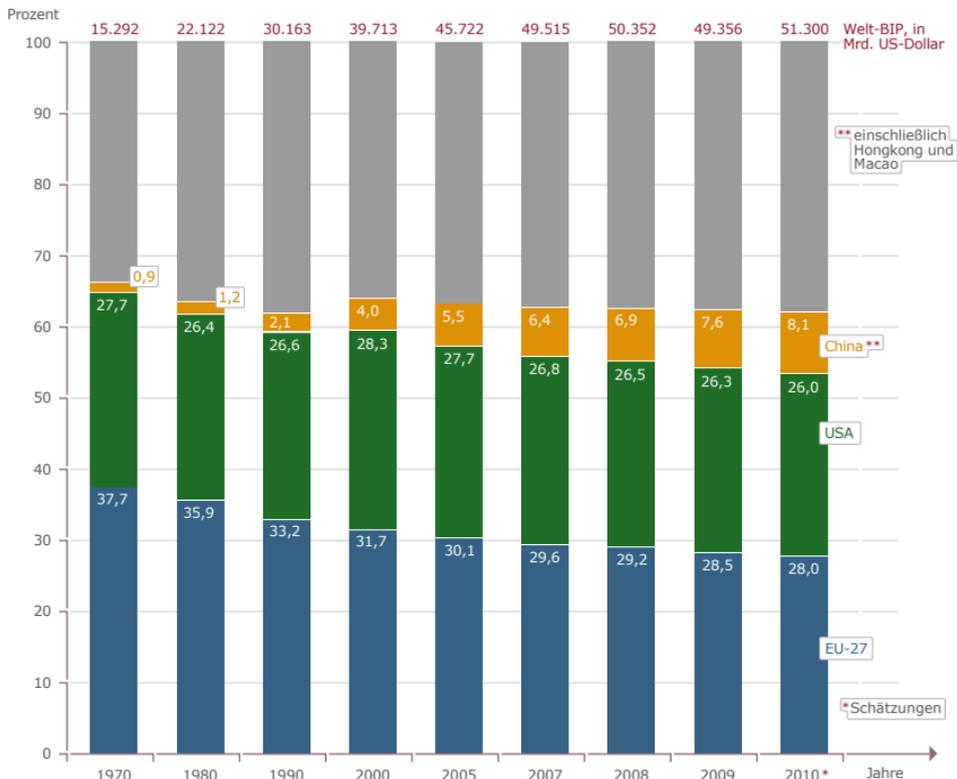
fühlten sich „eher nicht“ bzw. „überhaupt nicht“ als EU-Bürger. Ein Prozent hatte keine Meinung zu dieser Frage.

In den jüngeren Generationen ist die Identifikation mit der EU größer als bei den älteren: Während sich im Mai 2011 69 Prozent der 15- bis 24-Jährigen als EU-Bürger fühlten, galt dies bei den 55-Jährigen und Älteren für lediglich 56 Prozent. Weiter gaben die befragten Männer deutlich häufiger an, sich als EU-Bürger zu fühlen, als die Frauen (65 gegenüber 59 Prozent). Auch die Ausbildung beeinflusst das Zugehörigkeitsgefühl zur EU. Beispielsweise fühlten sich von den Befragten, die noch studieren, mehr als drei Viertel als Bürger der EU (76 Prozent).



Bruttoinlandsprodukt (BIP) EU – USA – China

Anteile am Welt-BIP in Prozent, Welt-BIP in absoluten Zahlen, in konstanten Preisen (2005), 1970 bis 2010



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): Online-Datenbank: UNCTADstat
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2009 bei 49,36 Billionen US-Dollar (in konstanten Preisen, Basisjahr 2005). Davon entfielen 28,5 Prozent bzw. 14,1 Billionen US-Dollar auf die 27 Mitgliedstaaten der EU. Die USA hatten mit einem BIP in Höhe von 13,0 Billionen US-Dollar ebenfalls einen Anteil von mehr als einem Viertel (26,3 Prozent). Chinas Anteil (einschließlich Hongkong und Macao) lag mit 7,6 Prozent (3,8 Billionen US-Dollar) hingegen deutlich darunter.

1970 war der Anteil der EU-27 am Welt-BIP mit 37,7 Prozent noch 9,2 Prozentpunkte höher – das entspricht einem Rückgang von 24,4 Prozent. Der Anteil reduzierte sich dabei stetig: über 35,9 Prozent 1980, 33,2 Prozent 1990 und 31,7 Prozent im Jahr 2000. Der Anteil der USA am Welt-BIP lag im Jahr 2000 zwar höher als 1970 (28,3 gegenüber 27,7 Prozent), er reduzierte sich seitdem allerdings von Jahr zu Jahr – zwischen dem Jahr 2000 und 2009 um 7,2 Prozent. Die auffälligste Veränderung findet sich bei China: Der Anteil am Welt-

BIP stieg kontinuierlich von 0,9 Prozent 1970 auf 7,6 Prozent im Jahr 2009 – der Anteil erhöhte sich damit um 712 Prozent. Bezogen auf die absoluten Werte nahm das BIP der EU zwischen 1970 bis 2009 um 144 Prozent und das der USA um 207 Prozent zu. Das BIP Chinas wuchs, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Ausgangsniveau, in der gleichen Zeit um 2.520 Prozent.

Da die Bevölkerungszahl Chinas zwischen 1970 und 2009 von rund 800 Millionen auf gut 1,3 Milliarden zunahm, geht ein Teil der Erhöhung des Anteils am Welt-BIP mit dem Bevölkerungswachstum einher. Jedoch zeigt auch eine Betrachtung der Entwicklung des BIP pro Kopf klar, wie überdurchschnittlich stark das BIP Chinas gestiegen ist.

Impressum

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de
Verantwortlich: Thorsten Schilling

Projektleitung

Christian Hartmann
post@christianhartmann.net
Martin Hetterich und Matthias Jung
(verantwortlich bpb)

Konzept und Inhalte

Christian Hartmann

Redaktion

Christian Hartmann
Martin Hetterich
Hendrik Hoffmann (Volontär)

Design

Peter Neuhaus
www.peterismus.de

Umsetzung

Christian Hartmann
3pc GmbH Neue Kommunikation
www.3pc.de

© Bundeszentrale für politische Bildung
Bonn 2012, 1. Auflage

Nutzungsbedingungen

Ein Großteil der Grafiken, Tabellen und Texte ist unter der Creative-Commons-Lizenz by-nc-nd/3.0/de lizenziert.



Für Nutzungsformen, die nicht unter diese Lizenz fallen (insbesondere die kommerzielle Nutzung), senden Sie bitte eine Mail an online@bpb.de.

Bei einer umfangreicheren Reproduktion von Grafiken, Tabellen oder Texten muss im Vorfeld eine Genehmigung bei den Rechteinhabern eingeholt werden. Für weitere Informationen senden Sie bitte eine Mail an online@bpb.de.

Die Staaten Europas

Grundsätzlich wird die Bestimmung des Begriffs „Europa“ von den genutzten Quellen übernommen. Ansonsten gelten die Vorgaben der Europäischen Union (EU – European Union) bzw. der Vereinten Nationen (UN – United Nations). Informationen hierzu finden Sie unter:

http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm

<http://unstats.un.org/unsd/methods/m49/m49regin.htm>



Bundeszentrale für
politische Bildung

europa

